

ÖSTERREICH²²

Überlegungen zur Zukunft
unserer Republik

AGENDA-DISKUSSION

Kurzzusammenfassung

(erstellt vom Referat Kommunikation Land Steiermark)

AGENDA-DISKUSSION - Kurzzusammenfassung

Kurt Scholz, Vorsitzender des Zukunftsfonds der Republik, zu „Österreichs Identität und Zukunftsperspektive der Marke Österreich“

Es findet sich heute mancherorts Widerstand gegen staatliche Einrichtungen. Doch leben wir heute in einer Republik, die jeder will. Die aktuelle Migrationswelle ist im Grund genommen ein riesiges - wenn auch belastendes - Kompliment an die Lebensqualität in diesem Land.

Dennoch ist das Leitmotiv von heute der Verdruss. Mit dem Verdruss der Gegenwart wird die Zukunft nicht erfolgreich gestaltbar sein. Für den gegenwärtigen Verdruss können drei Gründe festgemacht werden:

1. In vielen Bereichen gibt es permanente Schuldzuweisungen an die Politik - wenn sich keine Lösung finden lässt, ist es einfach und angenehm, der Politik die Schuld zu geben.
2. Der Zustand der Medien spielt eine große Rolle für den Zustand des Landes. Vielen Printmedien geht es nicht gut, sie befinden sich in einer Krise. Die Antwort ist oft, „Blut fließen“ zu lassen. Der Skandal hilft immer, er zieht.
3. Der Rückzug zu vieler Menschen in das Unpolitische: Die Tragik der Menschen, die sich nicht für Politik interessieren, besteht darin, von Menschen regiert zu werden, die sich für Politik interessieren.

Die Parteien, ohne die unsere Demokratie nicht funktionieren kann, müssen sich ändern. In der Dritten Republik, in der wir uns längst befinden, werden Koalitionen von drei Parteien oder mehr der Regelfall sein. Dafür bedarf es aber des gegenseitigen Vertrauens unter den handelnden Personen.

Christoph Badelt, Leiter des österreichischen Wirtschaftsforschungsinstituts, zur „Wirtschaftspolitik der Zukunft zwischen Wettbewerbsfähigkeit, sozialen und ökologischen Zielen“

Das Halten von Österreichs Stellung als eines der reichsten Länder der Welt wird immer schwieriger, die Wachstumsraten sind bescheiden. Die Probleme der Politik bezüglich Wachstumssteigerung sind weitgehend bekannt. Es besteht Reformbedarf - dies auch bezüglich struktureller Probleme des öffentlichen Sektors. Einerseits geht es darum, Staatsschulden und Abgabenbelastung zu senken, auf der anderen Seite stehen notwendige öffentliche Investitionen in Bildung und Forschung sowie ein externer Druck durch wachsende soziale Probleme.

Die sozialen Probleme werden eher größer als kleiner. Die Arbeitslosigkeit wird mittelfristig auf hohem Niveau bleiben, das Problem der Armutgefährdung und der damit verbundenen Frage nach dem Zugang zu elementaren sozialen Dienstleistungen ist signifikant. Durch wachsende soziale Ungleichheit kommt es zu zunehmender Polarisierung der Politik und der Bevölkerung.

Im Mittelpunkt steht nun die Abarbeitung traditioneller Forderungen: Offensive, langfristig orientierte Wirtschaftspolitik, Investitionsförderung in Bildung, Forschung, Technologie sowie einer Veränderung des wirtschaftlichen Klimas durch eine wirtschaftsfreundliche Haltung, die Ausbildung eines „entrepreneurial spirit“, einer positiven Einstellung zu Startups und der Abkehr von Feindbildern. Beim Thema Wachstum braucht es Umdenken: Dies bedeutet keine Wachstumsfeindlichkeit, sondern Realitätssinn für das Ausmaß des Wachstums. Wir können aus unseren Strukturproblemen nicht „herauswachsen“; vielmehr sollten wir uns auf ein qualitatives Wachstum und die Suche nach Nischen konzentrieren.

Angestrebt werden muss ein Gleichgewicht zwischen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Zielen. Das macht auch ein neues Denken in der Politik notwendig: Es geht um gleichgewichtige Ziele statt um einseitige Prioritäten. Nur eine offene Diskussion von Interessenslagen kann die Grundlage für den Kampf gegen zunehmenden Populismus sein.

Heinz Faßmann, Vorsitzender des Expertenrats für Integration, zu „Migration und Integration“

Österreich ist zum Einwanderungsland geworden, eher durch Zufall als durch Absicht. Heute gibt es vielfältige Motive für die Zuwanderung, die Selbstselektion ist viel stärker ausgeprägt als jene der öffentlichen Hand.

Prinzipiell überwiegen bei der Zuwanderung die positiven Effekte, da junge und risikobereite, aufstiegswillige Menschen wandern. Wenn die Arbeitsmarktintegration gelingt, ist der fiskale Nutzen jedenfalls höher als die Kosten. Insgesamt ist in Österreich ein grundsätzlicher Integrationsoptimismus geblieben, damit hat sich das Integrationsklima im Vergleich zum letzten Jahrtausend verbessert. Differenzieren muss man allerdings bezüglich der Flüchtlingszuwanderung im Jahr 2015 – diesbezüglich besteht durch wahrgenommene und medial transportierte Bilder eine erhöhte Skepsis in der Bevölkerung.

Um die diesbezüglichen Herausforderungen zu bewältigen, braucht es mehr Ehrlichkeit und Sachorientierung in der politischen Diskussion. Zuwanderung ist nicht immer nur Chance und nicht immer nur Bedrohung. Der Mehrheitsbevölkerung muss vermittelt werden, dass Zuwanderer ihre Chancen suchen und aktiv ihr Leben in die Hand nehmen – dies ist positiv und zu akzeptieren; Begegnungen sind zu fördern und Vorurteile in Frage zu stellen. Den Zugewanderten sollte vermittelt werden, dass Österreich eine Chance bedeutet, Eingliederung auch Anpassung erfordert und das Beharren auf mitgebrachten Traditionen zur Selbstexklusion führen kann. Dabei ist es auch nötig zu vermitteln, dass die Liberalität, die an Österreich geschätzt wird, nicht durch die eigene Illiberalität gefährdet werden darf.

Antonio Loprieno, Vorsitzender des österreichischen Wissenschaftsrates, zu Bildung, Wissenschaft und Forschung

Die europäische Wissenschaftslandschaft hat sich in den letzten Jahren radikal verändert. Die Autonomie der Universitäten ist zum kennzeichnenden Merkmal geworden. Diese Autonomie bezieht sich in vielen europäischen Ländern nicht nur auf akademische und administrative Eigenständigkeit, sondern auch auf die Möglichkeit, strategische Ziele mit anderen Hochschulen zu koordinieren. In Österreich denken Institutionen des Wissens oft weiterhin in Kategorien von „Leitbild“ und überlassen die Kategorie „Strategie“ der öffentlichen Hand.

Eine weitere Entwicklung im europäischen Hochschulraum, auf die in Österreich verhaltener als in anderen Ländern reagiert wurde, ist die Allianz zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Bedingung für die Entfaltung des Potentials ist die institutionelle Bereitschaft, Kollaboration und Wettbewerb sinnvoll und differenziert anzustreben. Eine bessere Finanzierung der Grundlagenforschung ist eine Möglichkeit, in diesem Zusammenhang steht die Abkehr von Besitzstandswahrung.

Der Hochschulstandort Österreich ist reich an wissenschaftlichem Angebot und institutioneller Varietät. Mit kleinen Justierungen kann sich dieser auf globaler Ebene sehr erfolgreich positionieren.

Elisabeth Freismuth, Rektorin der Kunstuniversität Graz, zur „Zukunft der Kulturnation Österreich“

Das Bild einer Kulturnation kann nur glaubhaft vermittelt werden, wenn künstlerische Realität und Qualität ein Fundament bieten und Klischees standhalten.

Der Hochschulbereich hat in den vergangenen Jahren eine massive Transformation erlebt. Universitäten werden zunehmend nicht mehr als Vermittler von Bildung oder Einrichtungen zum Wachstum des vorhandenen Wissens gesehen – es stehen immer stärker marktorientierte Kriterien im Mittelpunkt. Man kann sogar von einem „akademischen Kapitalismus“ sprechen, der sich in der jüngeren Vergangenheit entwickelt hat. Es stellt sich die Frage: Ideenpluralismus, offener Diskurs, Geisteswissenschaft, Kunst und Kultur – können wir uns das noch leisten? Die Frage sollte aber vielmehr lauten: Können wir es uns leisten, darauf zu verzichten? Und die Antwort lautet: Wir haben nichts sonst, worauf unsere Gesellschaft aufbaut. Ein Verzicht darauf würde an dem einzigen wirklich starken Ast sägen, der unsere Gesellschaft trägt.

Die Krise ist die größte Chance, große Meisterwerke hervorzubringen. Es gibt die Herausforderung, zusammenzuwirken und punktgenau zu agieren – dabei treten soziale, national geprägte Konflikte in den Hintergrund.

Bei der Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Themen ist es notwendig, die Kunst im Blick zu haben und sie zu definieren. Und wir glauben daran, dass die positive Kraft der Kunst bei Begegnungen erlebbar wird und Kunst unsere Gesellschaft, einem Seismographen gleich, substanzial bereichert, gerade in Konfliktsituation.

AGENDA-DISKUSSION

Kurzzusammenfassung

ÖSTERREICH²²
